

Die Halle monatlich bei zweimaliger Auslieferung...

Zeitung

Die 8 Spalten 34 mm breite Milimeterzeile...

Die Tschechoslowakei und die Straffaktionen.

Von unserem händigen Prager Mitarbeiter. Es ist fast zur Gewissheit geworden, daß auch die Tschechoslowakei an den Straffaktionen teilnehmen will...

Die Regierungsbildung in Preußen.

Nach Mitteilung einer Korrespondenz sind die Verhandlungen über die Bildung des preussischen Kabinetts Stegerwald ziemlich weit fortgeschritten...

Harding sagt schließlich: Für die vollständige Wiederherstellung des Friedens und seiner Beziehungen zur Verwirklichung der amerikanischen Bestrebungen...

- Die Vollmacht des Präsidenten an den Kongreß enthält folgende Vorschriften: 1. Sofortige Befähigung einer Notaritzgesetzgebung...

Die Botschaft Hardings.

Die Stellen in der Botschaft des Präsidenten an den Kongreß, die sich mit Fragen der äußeren Politik befassen, lauten wie folgt...

Französische Kammerdebatte über die deutschen Reparationen.

Die französische Kammer hat gestern nachmittag die Diskussion über einen Gesetzentwurf begonnen, durch den für das Jahr 1921 die Ausgaben...

Augenblicklich also trotz der Kampf um die Beteiligung an den Straffaktionen in der Tschechoslowakei...

Wit Bezug auf die Frage eines Sonderfriedens mit Deutschland sagt Harding in seiner Botschaft: Die Vereinigten Staaten stehen noch technisch im Kriegszustand mit den Mittelmächten...

Angehen gehen die Vorbereitungen der Tschechoslowakei ihren Gang. Die Exekutiveorganisation an deren Spitze der französische Generalstab...

Anteil Amerikas bei der Neuordnung und Wiederherstellung könne nicht außer acht gelassen und müsse genau bestimmt werden...

Weiter sind die einschlägigen Kreise der tschechischen Wälfes sehr froh, daß das Volk jetzt noch immer unter einer ungeschicklichen Regierung leidet...

In der darauffolgenden Debatte behauptete Landron die Zahlungsfrist für Deutschland sei unterjährig worden. Man habe geglaubt, Deutschland habe viele Jahre nötig...

ganen Maße seiner Fähigkeit reparieren müsse. In diesem Vertrag habe sich auch verpflichtet, zu entscheiden, in wie weit die Kriegsschuldigen in die Belastung der Reparationen und auch einem Teil seiner Verpflichtungen gegenüber sein. Er wiederhole deshalb mit Nachdruck, daß die Gläubiger habe einen ausfuhrbaren Titel in der Hand. Der Gerichtsvollzieher sei abgeschickt. Wenn sich der Schuldner widerpenstig zeige, dann müsse ein Einmarsch ihn begleiten. (Leb. Beifall.) Das sei eben das Vorgehen im gewöhnlichen Leben, und so läßt sich auch die Dinge im internationalen Leben der Völker immer vollziehen. Man habe nunmehr mit einem guten und untergeordnetem Kapitel in der Hand. Nach der Ratifikation werde die Reparationskommission ihr strenges Urteil fällen und dem Schuldner sagen: achte! Wenn er nicht achte, müssen alle Finanzmittel angewandt, die der Gläubiger in Händen habe. Die Regierung fasse die Lage so auf, sie sei vollkommen davon überzeugt, daß das Einverständnis zwischen ihr und den Alliierten aufrechterhalten bleiben werde. Frankreich habe mit seinen Alliierten alle ernstlichen Konventionen gemacht. Man könne nicht vorwerfen, daß sie zur äußeren Grenze der Schuld gegangen zu sein. Aber, so laßt er weiter, wir müssen nicht ein Volk, würdig seiner selbst, würdig der Anstrengungen, die es unternommen hat, und würdig seines Sieges, wenn wir nicht aus dem Siege die Ergebnisse ziehen würden, die der Friedensvertrag festgelegt hat. Alle Argumente auf der Tribüne, die man für Frankreichs Rechte vorbringen könne, seien nunmehr erschöpft. Jetzt habe man nur noch durch die Reparationskommission die Rechnung zu präsentieren. Bei diesem Redebaus werde Frankreich mit seinen Alliierten sein. Die Debatte wird auf heute mittags vertagt. Heute vormittag hält die Kammer eine Sitzung ab, um über den Gesetzentwurf über die Abgabe von den aus Deutschland eingekauften Waren zu diskutieren.

Die Reparationen.

Die Reparationskommission erklärt, daß sie die Anordnung der deutschen Delegation über die Festlegung der deutschen Schuld beendet hat. Die Schadensverpflichtungen, die von den verschiedenen Mächten eingereicht worden waren, wurden sämtlich der deutschen Delegation zwischen dem 9. und 20. Februar weitergegeben. Der Kommission sind über 120 deutsche Denkschriften zu den Schadensverpflichtungen zugegangen. Sie hat außerdem etliche hundert Nachfragen der deutschen Delegation nach näheren Einzelheiten beantwortet und hat den deutschen Sachverständigen die Möglichkeit gegeben, mit den Sachverständigen der Verbündeten zusammenzukommen, um gemeinsam die Schadensverpflichtungen durchzuführen. Schließlich hat sie in mehreren Sitzungen — insgesamt am 20. März bis 12. April die deutsche Delegation selbst angehört. In den nächsten Sitzungen wird die Kommission endgültig den Betrag der Schadensverpflichtungen feststellen, die Deutschland in Gemäßheit des Friedensvertrages zahlen muß.

Die bayerische Einwohnerwehr.

(Fortsetzung aus dem Morgenblatt.)

In seiner Rede im Staatshaushaltsausschuß sagte Ministerpräsident v. Kahr weiter: Die Forderung, gegendärtig an der Entwaflnung der Einwohnerwehren positiv mitzuwirken, stellt die Staatsregierung nicht anders Weise vor die Botsfrage: Ist heute bereits die Zeit für die Entwaflnung der Selbstschutzorganisationen gekommen? Kann die Entwaflnung der Selbstschutzorganisationen heute überhaupt, und kann sie ohne Gefahr für die öffentliche Sicherheit und den Bestand des Staates so, wie die Entente es verlangt, heute durchgeführt werden? Die kommunistisch-bolschewistische Gefahr ist fast von Tag zu Tag gewachsen und in den letzten Wochen in einer für die ganze Welt so offensichtlich Weise zutage getreten, daß das bisher behauptete „Unmöglichkeit“ durch die Tatsachen nun vor der ganzen Welt erlirt wurde. Die Ereignisse haben unweigerlich gezeigt, daß es sich bei der

Unterhaltungsbeilage der „Saale-Zeitung“, Donnerstag, den 14. April. Inhalt: Das Geheimnis des Schränkchens. Roman von Stecken. — Im Barbierladen. Von Grün Roddorf. — Was besäße Männer über das Rauchen sagen. Von Alfred Wello. — Sonderbare Verhängnisse. — Theater im Reiche (Weipzig-Geminitz). — Literatur.

Das Provinzialmuseum in Gefahr.

(Nachdruck verboten.)

In Nr. 166 der „Saale-Zeitung“ berichteten wir von einem Aufruf aus dem Kreise der Freunde des hiesigen Provinzialmuseums, demzufolge beabsichtigt wird, durch eine Sammlung von Eingaben möglichst zahlreicher Vereine die Provinzialregierung von der Unmöglichkeit der geplanten Lösung des Museumsesatzes zu überzeugen. Welch ungeheuren Anhang dieser Aufruf in allen Wägen Deutschlands, ja weit über die Grenzen unseres Vaterlandes hinaus schon in der unvorstellbar großen Zahl von 100 000 Erimmern, die bereits den Aufruf unterschrieben haben, der Bandhand, sämtliche Bezirke, eine große Anzahl Gewerkschaften und sämtliche apostolischen Jugendorganisationen Deutschlands haben sich demnach hinter diesen Aufruf gestellt. Der Führer der prächtigen Wissenschaft in Schwaben verheißene schwedische und spanische Professoren haben durch Telegramme an Prof. Dr. Sähne ein Verleihen des Museums, ihrer Hoffnung Ausdruck gegeben, daß das Museum mindestens auf seiner jetzigen Höhe erhalten bleiben müßte. Diesem Wunsche gab es Stimmen, die nichts mit Wollst zu tun, ist nicht ein Einziger zahlreicher Verein für eine Veränderung, die sie nur vom Hörensagen kennen. Bei den Aufstrebenden der Jahresausstellung des Provinzialmuseums spielen zahlreiche Personen aus allen Städten und Wägen des Reiches in Halle anwesend zu sein. Die Wegeleitung für die große Ausstellung, die in unserer Hauptstadt gehalten wird, auf die Wegeleitung für die großen Halle. Und Prof. Sähne selbst folgt sich genau mit seiner nimmermüden Jugend, die der Aufstrebenden anderer Städte, steht weder Aufstrebend noch die eines Museumsdirektors nicht, als unangelegentlich um geringe

Aufstandsbewegung in Mitteldeutschland um eine noch länger Hand und mit freier Unterführung vorbereitete groß angelegte Aktion mit dem Ziele des Staatsumturges gelangt hat. Die unmittelbare Gefahr mag momentan beseitigt sein, latent dauert sie fort. Die kommunistische Agitation, die bisher viel zu leicht genommen wurde, wird in verstärktem Maße fortgesetzt werden. Die wirtschaftliche Not wird je mehr die Folgen des verlorenen Krieges und des Friedensvertrages auswirken, zunehmen und der tabulalen Umstrukturierung mehr noch als bisher Waffr auf ihre Wäpfe legen. Was wir heute in Mitteldeutschland erleben, kann sich jeden Tag in verstärktem Maße dort oder anderswo wiederholen.

Der Ministerpräsident sprach der Mehrheit der Arbeiterschaft und den Arbeiterführern Dank aus, weil sie Ruhe und Besonnenheit bewahrt haben. Wir wissen, daß das Vorhandensein der bewaffneten Einwohnerwehr in den letzten Wochen ganz zweifellos eine stark abwärtende Wirkung ausgeübt hat. Wir wissen nicht, und niemand kann wissen, wie es gegangen wäre, wenn wir die bewaffnete Einwohnerwehr nicht mehr gehabt hätten, wir wissen aber bestimmt, daß dann die Situation für die Entlastung einer kommunistisch-bolschewistischen Aktion wesentlich leichter gewesen wäre, und daß, wenn es zu einer solchen Aktion auch in Bayern gekommen wäre, dies die Lage auch außerhalb Bayerns wesentlich erleichtert hätte. Ob dann die Schutzpolizei und die Niederschlagung ausgereicht hätten, die Aufstrebung, um niederzukämpfen, wer wollte es wagen, diese Frage mit absolut sicherem Ja zu beantworten. Mühen doch die Reichsregierung und die preussische Regierung schon bei dem letzten Aufstand in Mitteldeutschland die Erfahrung machen, daß die Schutzpolizei mit ihrer gegenwärtigen Bewaffnung ernstlichen Gefahren gegenüber nicht ausreicht und daß es notwendig ist, ebenfalls auf eine wesentliche Bewaffnung unserer Schutzpolizei hinzuwirken. Die Schlußfolgerung, weil man diesmal ohne Einweisung der Einwohnerwehr ausgenommen ist, und weil in Mitteldeutschland Reichswehr und Sicherheitspolizei ausgereicht hat, den Aufstand niederzuwerfen, braucht man in Bayern keinen bewaffneten Selbstschutz mehr. Ist richtig, weil sie für einen unrichtigen Fragestellung ausgeht. Die Frage lautet nicht: hat Reichswehr und Sicherheitspolizei ausgereicht, sondern hätten sie ausgereicht, wenn in Bayern keine bewaffnete Einwohnerwehr mehr bestanden hätte und wird sie ausreichen, wenn es in Zukunft zu noch größeren Aktionen kommt und die bayerische Einwohnerwehr nicht mehr besteht.

Der englische Bergarbeiterstreik.

Die Bergleute teilen gestern Abend der Arbeitereidenschaft-Konferenz mit, daß die Verhandlungen über die Forderungen der Bergarbeiter und der Bergwerksbesitzer mit irgendwelcher Aussicht auf Erfolg nicht wieder aufgenommen werden können. Es ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, wo der Dreitages- und die Arbeiterstreik müßte. Die Konferenz des Dreitages verlor sich auf heute.

Der Präsident des Verbandes der Bergwerksbesitzer gab gestern Abend bekannt, daß die Verhandlungen über die Frage der Nationalisierung des Bergbaues und der nationalen Regelung der Löhne abgebrochen worden sind. Er erklärt, daß die Bergwerksbesitzer den Arbeitern angeboten haben, was sie zu gewöhnlichen Umständen sind.

Kommunistischer Militarismus.

In welcher Weise jetzt in den Reihen der K. P. D. die Disziplin ausgeübt wird, lehrt ein Brief des Stuttgarter „Kommunist“, der da lautet: „Das Parteimitglied muß bereit sein, sich auf Befehl der Parteileitung zu erschießen. Kurz, jeder Gegenstand hört auf.“ Diese Wäpfe zum Selbstmord konnte bisher keine Parteiorganisation. Aus einem Arbeiterbrief geht hervor, in welcher Weise die kommunistische Jugendorganisationen herbeizogen: jeder Mann vor 18 bis 45 Jahren hat sich sofort zu stellen, sonst wird er wegen Freibeit vor dem Feinde mit dem Tode bestraft.“ Also nicht einmal die Einbürgerung der D. U.-Klasse kennt der kommunistische Militarismus.

Scherlein aus dem Kreise der Museumsvereiner, um Heimatpflege und Wohlfühlens auch in anderen Gegenden Deutschlands zu wecken und zu piegen.

Die ganze Bedeutung des Museums wird uns klarer, wenn erst klar mit dem Augenblick, in dem durch die Staatsveränderung die Fortführung der gesamten wissenschaftlichen Hilfsarbeit des Museums in Frage gestellt wird. Das Museum, das in den Jahren 1910 bis 1912 nach den Plänen von Prof. Dr. Sähne von Wilhelm Kreis-Wäpfer erbaut worden ist und mit der ersten Inneneinrichtung einer Kostenaufwand von ungefähr 750 000 Mark erforderlich, der rein aus Mitteln der Provinzialverwaltung bestanden wurde, ist eingeweiht worden als wissenschaftliche Anstalt zur Aufklärung und Veredelung vorerziehlicher Jünger in unserer Provinz. Es ist die einzige prächtvollste Anstalt in der ganzen Provinz, die gleichzeitig als Forschungs- und Lehranstalt dienen soll. Wohl befinden in Anlagen aus der großen Halle, einer Anzahl prächtvoller Abteilungen; aber die museale Bedeutung des hiesigen Provinzialmuseums ist nur zu verstehen als ein Teil in dem großen Rahmen der Erziehung der prächtvollsten Zeit, die sich die Landesanstalt — und damit kommen wir gleich auf die Sache Benennung des Instituts — als Aufgabe gestellt. Nicht Provinzialmuseum, sondern Landesanstalt zur Erziehung der Vorgeschiede — das ist der Name, der dem Institut in Wahrheit zukommt. Die einzige ähnliche Anstalt, die noch besteht, ist das Äoliner Museum für Vorgeschiede. Wäpfer aber, dies als hiesigen Mitteln ungenügend wird und überall sammelt, wo überhaupt zu sammeln ist, wird die hiesige Landesanstalt rein aus Mitteln der Provinzialverwaltung erhalten und bestrahlt sich in ihrem Bestehen nur auf die Provinz, auf die Heimat. Und darin liegt gerade die Schwäche der Anstalt.

So ist es wenigstens bis jetzt gewesen. Dieses Jahr will es ja fast so scheinen, als ob in diesem Augenblicke in finanzieller Hinsicht auf die Provinzialverwaltung auch die Schwäche der Anstalt liegt. Und wenn eben die Mittel der Provinz nicht ausreichen, um die Anstalt mindestens auf ihrer bisherigen Höhe zu erhalten, so muß das nicht ausreichen, um einen für die Erhaltung deutscher Kultur ja unendlich wichtigen Faktor nicht

Die Trauerfeier in Haus Doorn wird erst am Sonntag, die in Rotterdam am Dienstag stattfinden. Die holländische Regierung gestattet dem Kaiser und dem kaiserlichen Kronprinzen, die Leiche der Kaiserin bis Weimar zu begleiten. In der Feiern in Rotterdam werden unter vielen deutschen Botschaften des kaiserlich-holländischen Gesandten und der Gouverneur von Baden nebst Gemahlin, ferner Hindenburg und Lubendorf teilnehmen.

Kunst und Wissenschaft.

Rachprüfung der Einsteinschen Relativitätstheorie. Auf dem Gelände des Potsdamer Observatoriums ist nach den Entwürfen des Charlottenburger Architekten Menckhoff ein kleines Institut errichtet worden, das der Rachprüfung der Einsteinschen Theorie dienen soll. Es enthält im wesentlichen ein Turmteleskop. Der Staat hat das Gelände (auf dem Telegraphenberg) kostenlos zur Verfügung gestellt und sich mit einem größeren Wertbetrage an der Vollendung der Anlage, für die hochherzige reiche Freunde der Wissenschaft die Mittel aufgebracht haben, beteiligt. Die Leitung dieser wissenschaftlichen Rachprüfung untersteht einem Kuratorium, an dessen Spitze Prof. Einstein steht. Man hofft, daß mit den eigentlichen wissenschaftlichen Arbeiten Anfang Juli begonnen werden kann.

Caruso gestorben. Caruso hat nach seiner Krankheit seine Stimme wiedergewonnen. Ein Telegramm aus New York meldet, daß er in dieser Lage in einer Privatklinik zum ersten Male wieder gesungen und daß seine Stimme in keiner Weise verloren hat.

Die Vereinigung des Stadttheaters in Jena mit dem Deutschen Nationaltheater zu Weimar ist durch Beschluß des Gemeinderats zu Jena zur Tatsache geworden. Die vor längerer Zeit gefällten Verhandlungen mit dem Deutschen Nationaltheater führten in dem Gemeinderat zu dem Beschluß, daß in der Spektel 1921 und 1922 an Wochen- und Sonntagen mindestens 72 Vorstellungen im alten Jenaer Stadttheater, das mit 100 000 Mark baulich umgewandelt wird, und im Volksaus veranlagt werden. Die Stadt Jena stellt 100 000 Mark zur Verfügung, wozu in erster Linie das Vermögen des Opernvereins und der Welt aus den Mitteln des Theaterbauaus verwendet werden sollen.

Hochschulnachrichten.

Prof. Dr. Roland Schöll, Vorstand des Instituts für organische Chemie an der Technischen Hochschule in Dresden hat einen Ruf auf den (durch den Weggang des Hofrats W. Schenk nach Berlin) erledigten Lehrstuhl an der Universität Wien erhalten. — Der Gehelme Medizinalrat Prof. Dr. Friedrich Martinus, Direktor der medizinischen Klinik in Rostock, hat am 1. Oktober d. J. seine Einbürgerung von der Preussischen Regierung zu halten, nachgeholt. Martinus, geb. 1850 zu Gergeden, Prov. Sachsen, trat nach Abschluss seiner Studien in Berlin als Arzt in die Armee ein. Nachdem er jahrelang als Sanitätsrat, nebenamtlich als Kapitein für Pathologie und Späher auch als Assistent bei H. Meib, Klinik unter Weigardt tätig gewesen war, habilitierte er sich 1887 als Privatdozent in Berlin. 1891 wurde er als ordentlicher Assistent nach Marburg berufen. 1899 erhielt er die ordentliche Professur und 1901 die Leitung der mediz. Klinik als Nachfolger von Zehrer. Den Winter 1899-1900 verbrachte er in Cannes als Arzt des Großherzogs von Mecklenburg. Gehelmer Martinus ist Verfasser zahlreicher Arbeiten, namentlich über Herz- und Magenkrankheiten. — Der Privatrat am humanistischen Gymnasium in A. M. Berg Dr. Josef Martin ist als Privatdozent für klassische Philologie an der Universität München zugelassen worden.

Sport der „Saale-Zeitung“.

Zum Wetschwimmen am Sonntag.

Bei dem Schwimmtag am Sonntag, den 17. April, nachmittags um 3 1/2 Uhr, wird im „Stadtpark“ einer der bedeutendsten Wettkämpfe des „Wäpferlaufspiels“ sein. Hiesigenfalls und Halle 02 haben sich schon öfter im Wettkampfbereich gefunden. Immer war die hiesige Schwimmsportler über gute Technik verfügt. Das Spiel findet am Sonntag des Festes statt.

langsam absterben zu lassen. Im vorigen Jahre hatte Prof. Dr. Sähne einen Etat von 180 000 Mark beim Provinziallandtag beantragt und aus antwortlos bemittelt bekommen. Da die große Leistung und Preisleistung auf allen Gebieten erst im Laufe des Jahres 1920 eintrug, so hat er ebenfalls zurkannt werden, so daß er im Jahre 1920 im ganzen etwa 430 000 Mark von der Provinz erhalten und auch tatsächlich ausgegeben hat. Für dieses Jahr hat er nur einen Etat von 483 000 Mark beantragt, wozu 15 000 Mark für besondere Zweck wissenschaftliche Hilfsarbeiten eingetragt worden sind. Der Provinzialauschuß des letzten Landtages, in dessen Hand sich die vorbereitenden Arbeiten für den neuen Landtag lagen, hat nur kurzgehend 80 000 Mark von diesem Etat geteilt. Dagegen die Angelegenheit des Provinzialmuseums mit Politik gar nichts zu tun hat und obgleich die Hilfe der Mitglieder des Provinzialauschusses auch ursprünglich nur aus Sparmaßregeln für die Erhaltung eintreten, so müssen doch wohl letzter Hand wieder politische Erwägungen bei der endgültigen Abklärung des Etats in seinem gegebenen Umfang maßgebend gewesen sein. Man muß aber bedenken, daß der Etat einer wissenschaftlichen Anstalt in der Provinz ist, aus dem man doch fest eine gewisse Summe herausnehmen kann, sondern er gleicht mehr einer Wäpfe, die durch das Fehlen eines einzigen Wäpfe zum Stillstand gebracht werden kann. Erst die Erhaltung in der Provinz, so können die wissenschaftlichen und technischen Hilfsarbeiter des Museums nicht weiter bezahlt, und der Sammlungs- und Neuerwerbungsstand muß um 15 000 Mark verringert werden.

Wir wollen hoffen, daß der heute wieder zusammengetretene Provinziallandtag doch noch Mittel und Wege finden wird, um den Etat für einen Aufstrebend zu bewilligen, von dessen Wichtigkeit der Aufruf Zeugnis ablegt.

C. H. E.

Wie wir von zuständiger Seite erfahren, ist der gesamte neuangelegte Provinzialauschuß des Provinziallandtages am Sonntag in Halle gewesen und hat das Museum beauftragt. Die Auswahlglieder haben sich in betreffender Weise über den Zustand des Museums geäußert, so daß zu erwarten steht, daß der Provinzialauschuß an den Landtag mit der Bitte um Bewilligung des ungenutzten Etats herantritt wird.